

 Bundeskanzleramt

bundeskanzleramt.gv.at

Dr. Christian Stocker
Bundeskanzler

Herrn
Dr. Walter Rosenkranz
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2025-0.795.829

Wien, am 2. Dezember 2025

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Zadić, LL.M., Kolleginnen und Kollegen haben am 2. Oktober 2025 unter der Nr. **3521/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Vertragsverletzungsverfahren gegen die Republik Österreich (Stand Herbst 2025)“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

1. *Welche Vertragsverletzungsverfahren waren gegen die Republik Österreich zum Stichtag 01.10.2025 anhängig? Bitte um ressortorientierte Aufschlüsselung der Verfahren nach:*
 - *Gegenstand des anhängigen Verfahrens*
 - *verletztem oder unzureichend umgesetztem Rechtsakt*
 - *derzeitigem Verfahrensstand (Mahnschreiben, begründete Stellungnahme der Kommission samt Antwortschreiben der Republik Österreich inklusive jeweiligem Datum und von der Kommission gesetzter Fristen; Klageerhebung)*
 - *von der Republik Österreich eingemeldeten Umsetzungsplänen samt maßgeblicher Daten, inklusive*

- Ausweisung etwaiger Zuständigkeiten der Bundesländer für die Umsetzung.
2. Wie viele Vertragsverletzungsverfahren waren gegen die Republik Österreich zum Stichtag 1.10.2025 insgesamt anhängig? Bitte um Angabe der Gesamtzahl und der Gesamtzahl pro hauptzuständigem Ressort.

Zum Gegenstand, Rechtsakt, Verfahrensstand, Umsetzungsplan und zur zuständigen/betroffenen Stelle wird auf die beigeschlossene Übersicht verwiesen. Aus der letzten Spalte der Übersicht ergibt sich auch die Gesamtzahl pro zuständigem Ressort.

Zu Frage 3:

3. Wie viele Vertragsverletzungsverfahren gegen die Republik Österreich wurden im Jahr 2025 eingestellt und aus welchen Gründen? Bitte um Angabe der maßgeblichen Gründe pro Verfahren und das Datum der jeweiligen Einstellung.

Im Jahr 2025 wurden (bislang) 13 Vertragsverletzungsverfahren eingestellt. Aus der beigeschlossenen Übersicht sind das Datum und die Gründe der jeweiligen Einstellung ersichtlich.

Zu Frage 4:

4. Wie viele Vertragsverletzungsverfahren (Art. 258, 259 AEUV) wurden seit dem 3. März 2025 neu gegen die Republik Österreich eingeleitet? Bitte ressortorientiert aufschlüsseln und kurz nach Gegenstand benennen.

Seit dem 3. März 2025 wurden gegen die Republik Österreich 14 Vertragsverletzungsverfahren neu eingeleitet. Aus der beigeschlossenen Übersicht sind der Gegenstand und die betroffenen Ressorts ersichtlich.

Zu Frage 5:

5. Zu welchen Verurteilungen der Republik Österreich durch den EuGH kam es seit dem 3. März 2025? Bitte um Angabe der jeweiligen Geschäftszahl (Aktenzeichen), Urteilsdatum und der Information, ob ein Zwangsgeld oder Pauschalbetrag verhängt wurde (inklusive des Betrags in Euro).

Seit dem 3. März 2025 kam es zu keinen Verurteilungen der Republik Österreich durch den EuGH. Es darf des Weiteren angemerkt werden, dass die Republik Österreich noch nie zu Strafzahlungen nach Art. 260 AEUV verurteilt wurde.

Zu Frage 6:

6. *Wie viele EU-Pilotverfahren gegen Österreich waren per 1.10.2025 anhängig? Bitte um ressortorientierte Aufschlüsselung nach Gegenstand des anhängigen Verfahrens, verletzter oder unzureichend umgesetzter oder angewandter Vorschrift, Status und Ausweisung etwaiger Bundesländerzuständigkeiten.*

Es darf darauf hingewiesen werden, dass die Bezeichnung „EU-Pilotverfahren“ von der Europäischen Kommission in „EU-Dialogverfahren“ geändert wurde. Per 1. Oktober 2025 waren 16 Verfahren anhängig. Aus der beigeschlossenen Übersicht sind der Gegenstand und die betroffenen Stellen (samt etwaiger Bundesländerzuständigkeiten) ersichtlich.

Zu Frage 7:

7. *Welche Richtlinien und sonstige EU-Rechtsakte standen per 01.10.2025 in Österreich zur Umsetzung an? Bitte um Angabe der relevanten Rechtsakte inklusive der jeweiligen Umsetzungsfristen, hauptzuständigem Ressort und etwaigen Bundesländerzuständigkeiten.*

Per 1. Oktober 2025 standen 15 Richtlinien und sonstige EU-Rechtsakte zur Umsetzung an. Aus der beigeschlossenen Übersicht sind die relevanten Rechtsakte inklusive der jeweiligen Umsetzungsfristen, hauptzuständigem Ressort und etwaige Bundesländerzuständigkeiten ersichtlich.

Zu Frage 8:

8. *Welche Mittel sind im Bundeskanzleramt bzw. dem BMEIF und/oder den betroffenen Ressorts für die durch die unzureichende Umsetzung von Unionsrecht entstandenen oder entstehenden Aufwände budgetiert (z.B. Erstellung von Antwortschreiben in Vertragsverletzungsverfahren, Besprechungen mit EU-Organen, Koordinierung mit innerstaatlichen Organen, Vertretung vor dem EuGH)? Bitte um Aufschlüsselung der Kosten nach Ressort.*

Im Bundeskanzleramt sind für die durch die unzureichende Umsetzung von Unionsrecht entstandenen oder entstehenden Aufwände (z.B. Erstellung von Antwortschreiben in Vertragsverletzungsverfahren, Besprechungen mit EU-Organen, Koordinierung mit innerstaatlichen Organen, Vertretung vor dem EuGH) keine gesonderten Mittel budgetiert. Soweit sich die Anfrage auf die Mittel/Kosten der betroffenen Ressorts bezieht, betrifft dies nicht den Wirkungsbereich des Bundeskanzleramtes.

Zu Frage 9:

9. *Wie viele Vorabentscheidungsverfahren (Art. 267 AEUV) waren beim Europäischen Gerichtshof per 01.10.2025 wegen Vorlage oder Anrufung durch österreichische Gerichte anhängig?*
 - a. *Welche Auslegungsfragen wurden dem Gerichtshof jeweils vorgelegt? Bitte um Kurzbeschreibung der Frage und des betreffenden Unionsrechtsakts pro Verfahren.*

Beim Europäischen Gerichtshof (EuGH und EuG) waren per 1. Oktober 2025 46 Vorabentscheidungsverfahren – 43 beim EuGH und 3 beim EuG – anhängig, die gemäß Art. 267 AEUV durch österreichische Gerichte eingeleitet wurden.

Zum Gegenstand bzw. den Rechtsakten, um deren Auslegung jeweils gebeten wird, wird auf die beigeschlossene Beilage (Übersicht über anhängige Vorabentscheidungsverfahren) verwiesen.

Dr. Christian Stocker

